Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3205**

15. Wahlperiode 26. 05. 2004

Antrag

der Abgeordneten Lothar Mark, Ute Kumpf, Dr. Christine Lucyga, Dr. Sascha Raabe, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelica Schwall-Düren, Hans-Jürgen Uhl, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Dr. Ludger Volmer, Volker Beck (Köln), Rainder Steenblock, Katrin Göring-Eckhardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Intensivierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Am 28. Mai 2004 wird in Guadalajara, Mexiko das dritte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik (LAK) stattfinden. Fünf Jahre nach Begründung der strategischen Partnerschaft auf dem ersten Gipfel in Rio de Janeiro bietet sich damit eine hervorragende Gelegenheit, dem politischen Dialog und der Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit zwischen beiden Seiten neue Impulse zu geben. In Lateinamerika und der Karibik sind die Erwartungen an einen partnerschaftlichen Dialog mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern nach wie vor sehr ausgeprägt. Europa sollte den Dialog noch mehr als Instrument nutzen, um den Austausch mit dieser Region zu verstärken. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Wahl von „Effektiver Multilateralismus“ und „Soziale Kohäsion“ als Leitthemen des Gipfeltreffens, beides Fragen, in denen die Europäische Union auf besonders reichhaltige Erfahrungen zurückgreifen kann.

2. Sozialer Ausgleich und wirtschaftliches Wachstum stellen für Lateinamerika vordringliche Herausforderungen dar. Der Subkontinent gehörte in den vergangenen 20 Jahren in Teilen zu den Globalisierungsverlierern. 2003 ist die Wirtschaft gerade mal um 1,5 Prozent gewachsen, während sich die Bevölkerung um 2,5 Prozent erhöhte. 227 Mio. Menschen (44 Prozent) leben unterhalb der Armutsgrenze. Diese zum Teil negative Wirtschaftsentwicklung nahm ihren Ausgang Anfang der 80er Jahre mit der Schuldenkrise. Bis heute ist dieses Problem nicht überwunden. Die Bemühungen von nationalen und internationalen Akteuren zur Überwindung der Krise sind nur zum Teil von Erfolg gekrönt gewesen. Eine Vielzahl von Ländern bleibt bis heute auf die Unterstützung durch die Internationalen Finanzinstitutionen angewiesen. Diese Lage hat in manchen Ländern zu politischen Umbrüchen und zu Regierungswechseln geführt, von denen sich die Menschen wie in Brasilien und Argentinien eine effektivere Armutsbekämpfung durch eine neue Wirtschaftspolitik versprechen. In diesem Umfeld ist es von besonderer Bedeutung, durch die europäische Politik einen Beitrag zu Entwicklung und wirt-

schaftlichem Wachstum in der Region zu leisten. Es gilt dabei hauptsächlich Ziele zu verfolgen, die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität, ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaftsmodell und die Konsolidierung der demokratischen Institutionen fördern.

3. Die Dringlichkeit einer nachhaltigen Politik ergibt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund steigender gesellschaftlicher Unzufriedenheit auch in demokratisch verfassten Staaten, die eine UN-Studie jüngst festgestellt hat. Hierin werden demokratische Regierungen kritisiert, weil sie nicht ausreichend in der Lage waren, die Ungleichheit in ihren Ländern zu verringern, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen sowie die rechtlichen und sozialen Systeme zu modernisieren.

4. Deutsche Unternehmen genießen in LAK weiterhin ein hohes Ansehen; in einigen Ländern der Region haben ihre Investitionen wesentlich zum Wachstum der Volkswirtschaften beigetragen. Obwohl deutsche Unternehmen kaum an den Privatisierungen Lateinamerikas in den 90er Jahren teilgenommen haben, nimmt Deutschland unter Berücksichtigung von Reinvestitionen und Direktinvestitionen über Drittländer weiterhin eine hervorragende Rolle in Lateinamerika ein. Außerhalb Westeuropas ist Lateinamerika die einzige Region, in der deutsche Unternehmen in bestimmten Industriesektoren eine Schlüsselposition einnehmen.

5. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung für Europa ist LAK auch strategisch wichtig. Der Integrationsprozess der EU wird in vielen lateinamerikanischen Ländern als Vorbild für die eigene politische und wirtschaftliche Integration gesehen. Dies geschieht insbesondere im MERCOSUR unter Betonung der Unterschiede zwischen amerikanischen Integrationsvorstellungen und dem europäischen Integrationsmodell. Ein erfolgreiches Handelsabkommen zwischen EU und Mercosur ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer strategischen Partnerschaft zwischen EU und Südamerika. Durch eine stärkere Verbindung der beiden Regionen kann zugleich der Spielraum Südamerikas für eine eigenständige Integration erweitert werden. Dies entspricht dem Grundgedanken partnerschaftlicher Beziehungen in einem transatlantischen Dreieck zwischen Europa, Nord- und Südamerika, das sich durch kooperative Beziehungen untereinander auszeichnet. Dieser Zusammenhang sollte bei der Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen über Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Ländern Zentralamerikas bzw. der Andengemeinschaft berücksichtigt werden.

6. Im Vergleich zu früheren Jahren haben sich im Laufe des Jahres 2003 die politischen Voraussetzungen im Mercosur durch die Regierungen in Brasilien und in Argentinien stark verbessert. In beiden Ländern wurden in den letzten Monaten enorme Anstrengungen unternommen, um die wirtschaftliche Stabilität wiederzuerlangen. Damit steigen die Hoffnungen, dass durch eine bessere Integration im Mercosur selbst die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Handelsabkommen mit der EU geschaffen werden. Die seit 2000 bzw. 2002 bestehenden Freihandelsabkommen der EU mit Mexiko bzw. mit Chile zeigen, dass durch Handelsöffnung eine Belebung in den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen möglich ist.

7. Die neuen, globalen Probleme und Gefahren erfordern multilaterale Antworten. Kein Land kann auf sich selbst gestellt, weder die gegenwärtigen, noch die zukünftigen Herausforderungen bewältigen. Die Bedrohungen des Friedens, der Sicherheit und die Unwägbarkeiten der internationalen Entwicklung erfordern die gemeinsame Verantwortung aller Nationen. Dafür bedarf es nicht nur starker Vereinter Nationen, sondern insgesamt eines höheren Maßes an dauerhaftem Dialog, Konsultation und Kooperation unter allen demokratischen Staaten. Die Voraussetzungen hierfür sind gerade mit Lateinamerika und der Karibik aufgrund der gemeinsamen Werteordnung in besonderem Maße gegeben.

8. Trotzdem bleibt für einige Staaten die nicht-militärische Bewältigung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte eine zentrale Herausforderung. Angesichts der Eskalation der Gewalt und der drohenden Gefahr einer Regionalisierung des kolumbianischen Konflikts gilt es für Europa, entschieden in Hinblick auf die Wahrung des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte und der humanitären Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung tätig zu werden.
9. In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist LAK keine Schwerpunktregion; besondere Herausforderungen stellen sich aufgrund der Tatsache, dass die Probleme der Region – nicht zuletzt der hohen absoluten Armut – vielfach in den internen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen sowie in der immer noch zu schwach ausgebildeten technologischen Kompetenz dieser Länder begründet sind. In einigen Staaten, nicht nur in Kolumbien, unterminiert der Drogen- bzw. der damit einhergehende Waffenhandel die staatliche Ordnung und fördert ein Klima alles umfassender Korruption.
10. Die Zusammenarbeit mit LAK bietet eine Chance für eine deutlichere Akzentsetzung deutscher und europäischer Aussenpolitik in der Südhalbkugel unserer Welt. Brasilien ist dabei, mit strategisch angelegten Verträgen und Absprachen mit Südafrika, Indien, China und Russland, die von Handelsabkommen über Themen wie dem Patentschutz und andere Aspekte der Bioforschung bis hin zur technologischen Zusammenarbeit reichen, ein neues Süd-Süd-Netzwerk strategischer Beziehungen aufzubauen. Auch wenn Deutschland nicht unmittelbar ein Teil dieses Netzwerkes werden kann, so sollten doch angesichts der Notwendigkeit der gegenseitigen Verständigung zur Bewältigung globaler Fragen überall wo möglich Brücken geschlagen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die Beziehungen Deutschlands und der EU mit LAK konsequent weiter zu entwickeln und auszubauen;
2. unter Einbeziehung nicht-staatlicher Institutionen die Kulturarbeit Deutschlands in LAK – und über LAK in Deutschland – so zu verstärken, dass zwischen beiden Regionen ein dauerhafter Dialog gefördert wird, der das Wissen und Verständnis um die gemeinsamen Probleme stärkt und unterschiedliche Auffassungen in Diskussionsforen aufgreift;
3. auf eine europäische Handelspolitik gegenüber LAK hinzuwirken, die im Sinne einer Entwicklungspartnerschaft zu wirtschaftlicher und sozialer Stabilität und zu nachhaltigem Wachstum beiträgt;
4. sich dafür einzusetzen, dass das EU-Mercosur Handelsabkommen noch im Jahr 2004 erfolgreich abgeschlossen wird und dies insbesondere durch die Gewährung eines verbesserten Marktzugangs für Mercosur-Staaten bei landwirtschaftlichen Produkten und den definitiven Abbau aller Exportsubventionen zu unterstützen. Bei den Agrarverhandlungen generell eine flexible Verhandlungsposition einzunehmen, die dazu beiträgt, die in Cancún verhärteten Fronten aufzulösen und damit auch in Richtung auf die weiteren WTO-Runden positive Signale aussendet. Sich insgesamt für ein Handelsabkommen einzusetzen, das zur regionalen Integration der Mercosur-Länder und damit zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Region und zur Konsolidierung der demokratischen Institutionen beiträgt;
5. sich für die zügige Aufnahme von Verhandlungen über Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Staaten Zentralamerikas bzw. der EU und der Andengemeinschaft einzusetzen;

6. sich konstruktiv an der Entwicklung von fairen und transparenten Verfahren zur Vorbeugung und Bewältigung akuter Verschuldungskrisen in hoch verschuldeten lateinamerikanischen Ländern zu beteiligen. Dabei ein Konzept der Schuldentragfähigkeit zu unterstützen, das die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erlaubt und die sozialen Lebensbedingungen der Menschen berücksichtigt. Insbesondere auch eine antizyklische Entschuldungsstrategie zu unterstützen, die die Schuldenlast in wirtschaftlich schlechten Zeiten reduziert und bei stärkerem wirtschaftlichem Wachstum die Rückzahlungsverpflichtungen ausweitet;
7. den politischen Dialog mit LAK auch zwischen den Gipfeltreffen und auf multilateraler Ebene fortzusetzen und in geeigneter Weise sicherzustellen, dass dieser politische Dialog auch in Deutschland eine Plattform findet. Dabei sollten die politischen Stiftungen, die wissenschaftlichen Einrichtungen und andere nicht-staatliche Träger eine wichtige Rolle bei der Gestaltung eines offenen und kritischen Austausches spielen.
8. die deutsche Wirtschaft in stärkerem Ausmaß zu ermuntern und in geeigneter Weise dabei zu unterstützen, sich in LAK mit Eigeninvestitionen und Unternehmenspartnerschaften langfristig zu engagieren. Insbesondere technologieintensive Unternehmen aus dem Mittelstand können in den dynamischeren Ländern LAKs (Mexiko, Brasilien, Chile, etc.) einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der technologischen Kompetenz und auf dem Gebiet der Berufsausbildung leisten und damit bei der Überwindung von Entwicklungshemmnissen helfen;
9. die Instrumente der zwischenstaatlichen und multilateralen Zusammenarbeit stärker dafür zu nutzen, auf besonders kritischen Politikfeldern fachlich hoch qualifizierte Hilfe zu leisten, die unmittelbar zur Armutsbekämpfung beiträgt; dies gilt insbesondere für die ländliche Entwicklung, den Ressourcen- und Umweltschutz, die Forschungs- und Technologiepolitik, die nichtmilitärische Bewältigung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte sowie den Kampf gegen Korruption und Drogenhandel;
10. bei der die bilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit Konfliktregionen Lateinamerikas, insbesondere aber mit Kolumbien, besonders auf den Schutz der Menschenrechte hinzuwirken. Die Entwicklungszusammenarbeit kann in diesem Sinne darüber hinaus vor allem durch die Hilfestellung bei der Bekämpfung der sozio-ökonomischen Ursachen von Konflikten einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei ist sicherzustellen, dass bei allen von der Bundesregierung und der EU finanzierten Entwicklungsprogrammen eine frühzeitige Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Projektplanung erfolgt und die Beachtung der Menschenrechte sichergestellt ist;
11. die Bewahrung und Ausgestaltung von Demokratie und Rechtsstaat nicht nur im politischen Dialog mit den Partnern in Lateinamerika und der Karibik nachdrücklich zu thematisieren, sondern auch im Rahmen der strategischen Partnerschaft Europas mit Lateinamerika durch geeignete Förderinstrumente die Sicherung der demokratischen Regierbarkeit in zentraler Weise voranzutreiben, um dem Vordringen autoritärer und populistischer Regierungsformen entgegen zu wirken. Dabei sollte mit den lateinamerikanischen/karibischen Partnern insbesondere auch verstärkt ein Dialog über die Themen Dezentralisierung (Stärkung der Kommunalverwaltung) und Ausbau der Bürgerbeteiligung geführt werden;
12. die Berücksichtigung von wirtschaftlichem Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit als zentrales Element der inneren Kohäsion der Länder Lateinamerikas und der Karibik im Rahmen der europäisch-lateinamerikanischen Zusammenarbeit stärker zu betonen und mit den Mitteln der Entwicklungs-

zusammenarbeit sowie entwicklungsfördernden Weichenstellungen in der internationalen Handels- und Finanzpolitik die Armutsbekämpfung voranzubringen.

Berlin, den 26. Mai 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333